

## Gewehrfabrik Amberg

Mit der Französischen Revolution begann eine neue Epoche der Weltgeschichte. Europa stürzte in mehrere Jahrzehnte dauernde kriegerische Verwicklungen von noch nie dagewesener Intensität. Schon seiner geographischen Lage wegen konnte sich Bayern aus den Kämpfen zwischen Frankreich und Österreich nicht heraushalten. Nachdem damals die Infanterie nicht nur die wichtigste, sondern auch die weitaus zahlreichste Waffengattung war, besaß bei der Versorgung mit Kriegsmaterial die Deckung des Gewehrbedarfs höchste Priorität. Bis dahin hatte Bayern den größten Teil seiner Gewehre aus dem Ausland bezogen. Die exportorientierten Zentren der Waffenproduktion in Lüttich, Suhl und der Steiermark hatten in diesen Jahren reichliche Beschäftigung. Es stand ihnen frei, Besteller zu bevorzugen oder warten zu lassen, und jederzeit konnten kriegerische Ereignisse die Transportwege unterbrechen. Die Belieferung der Armee mit Waffen ließ sich auf diese Weise jedenfalls nicht sicherstellen. Das kleine bayerische Armaturwerk in Fortschau konnte nur einen kleinen Teil des Bedarfs decken. Wenn sich Bayern von Gewehrimporten unabhängig machen wollte, musste es also seine eigenen Fertigungskapazitäten erweitern.

Im Jahr 1800 zwangen die Operationen französischer und österreichischer Heere die kurfürstliche Regierung zum Ausweichen von München nach Bayreuth, wo sie der Gewehrfrage ihre Aufmerksamkeit zuwandte. Wichtigster Ratgeber des Kurfürsten in solchen Dingen war Generalleutnant de Manson, ein

französischer Emigré. Er schlug vor, im leer stehenden Münzgebäude zu Amberg eine Gewehrfabrik einzurichten. Mit Allerhöchster EntschlieÙung vom 7. Februar 1801 entsprach Max Joseph dem Antrag de Mansons und verfügte die Umwandlung der Münze in eine Waffenfabrik.<sup>1</sup> In der Annahme, dass dieses Objekt recht genau den nötigen Raum zur Erzeugung des bayerischen Handwaffenbedarfs biete, hatte sich der Franzose allerdings getäuscht, sodass schon ein Jahr später die neue Fabrik durch Hinzupachtung des Kupferhammers, der Lohstampfe und des Schlässchens im Ort Haselmühle erweitert werden musste. Die Vergrößerung der Produktionsanlagen, die immer nur knapp den wachsenden Bedürfnissen folgte, sollte sich wie ein roter Faden durch die gut hundertjährige Geschichte der Gewehrfabrik ziehen.

Das Ziel, pro Jahr 4.000 Gewehre zu erzeugen, erreichte der neue Betrieb noch lange nicht. Im Durchschnitt der ersten 15 Jahre sollten es weniger als 2.000 Gewehre sein, unter Hinzurechnung der Karabiner und Pistolen etwa 2.500 Schusswaffen.<sup>2</sup> Das lag an wiederholten Plünderungen und Zerstörungen durch österreichische Truppen, aber auch an Qualitätsproblemen. Zeitweise zersprang die Hälfte der fertigen Läufe beim Beschuss. Die Gewehrfabrik gab dem schlechten Oberpfälzer Eisen die Schuld, die Hüttenwerke dagegen der schlechten Arbeit der Amberger Rohrschmiede.<sup>3</sup> In dem Bestreben, besseres Eisen aus Tirol und der Steiermark zu erlangen, erwog man in den ersten Jahren mehrfach, den

# Herstellerzeichen der Gewehrfabrik Amberg

(von links nach rechts und von oben nach unten, Bilder: Bayer. Armeemuseum Ingolstadt)



Frühester bekannter Schriftzug der Gewehrfabrik Amberg, hier auf einem Gewehr M. 1801

Kastenförmiger Stempel auf dem Schloss einer Pistole M. 1804 (Siegelmuster), typisch für die Kriegszeit bis 1815

Diese Kennzeichnung, hier auf einer Steinschloßpistole, ist bisher nur für die zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts nachgewiesen

Krone als Herstellerzeichen auf der Klinge eines Jägersäbels (später bezeichnet als Infanteriesäbel M/38)

Krone mit Umschrift Amberg + Jahreszahl auf dem Schloss einer Pistole M/43. Diese Art der Bezeichnung war von 1830 bis 1868 in Gebrauch

Stempel auf dem Kolben eines Gewehrs M/69 von 1870. Bis 1876 wurden alle in Bayern staatlich abgenommenen militärischen Schusswaffen im Schaftholz so gekennzeichnet

Stempel auf einem Infanterie-Seitengewehr M/71, 1883; Truppenstempel auf der Parierstange vom bayer. 1. Fußartillerieregiment (Ingolstadt)

Hülscnkopf eines Gewehrs 88 von 1893. Im Betriebsjahr 1893/94 fertigte die Gewehrfabrik davon 22.892 Stück

Hülscnkopf eines Gewehrs 98. 1917 erzeugte die Gewehrfabrik Amberg 243.750 Gewehre, die höchste Jahresleistung ihrer Geschichte

Amberger Betrieb ins südliche Bayern zu verlegen, aber alle diese Pläne scheiterten daran, dass man entweder keinen geeigneten Standort fand oder die Kosten eines Umzugs sich als zu hoch herausstellten. Die bayerische Gewehrfabrik blieb also in der Oberpfalz. Seit 1804 unterstand sie der Aufsicht des Finanzministeriums, gelangte aber 1820 in den Bereich der Militärverwaltung, wo sie sachlich auch hingehörte.

Die Jahrzehnte nach 1815 waren für die Gewehrfabrik Amberg eine ruhige Zeit: In Europa herrschte Frieden, die Staaten zahlten ihre Schulden zurück und sparten daher, nicht zuletzt an ihren Streitkräften. In den dreißiger Jahren begann die Gewehrfabrik, auch größere Mengen von Säbelklingen zu erzeugen, das blieb aber ein Nebengewerbe. Den größten Teil seines Bedarfs an Blankwaffen bezog Bayern später wieder in Suhl und vor allem in Solingen, wo man auf diese Produkte spezialisiert war. In dieser Zeit ging der Stern des Philipp Freiherrn von Podewils auf. Der gebürtige Amberger trat 1839 in die Gewehrfabrik ein, deren Leitung er 1853 übernahm. 23 Jahre stand er an der Spitze des „Instituts“, wie staatliche Rüstungsbetriebe in Deutschland genannt wurden. Mit einer Größe von fast 1,90 m war er auch äußerlich eine imponierende Erscheinung und überragte den damaligen Durchschnittsmann um mehr als 20 cm. Seine bekannteste Schöpfung ist das 1858 eingeführte und nach ihm benannte Vorderladergewehr vom Kaliber 13,9 mm. Diese Waffe bildete den Höhepunkt und Abschluss in der Entwicklung der von vorn zu ladenden Militärgewehre. Sie fand auch die Anerkennung des Auslands und verschaffte Podewils und der Gewehrfabrik Amberg internationales Prestige.

Um die bayerische Armee mit dem neuen Gewehr auszurüsten zu können, mussten die Fertigungseinrichtungen modernisiert und erheblich vergrößert wer-

den. 1859 wurden daher die ersten Dampfmaschinen aufgestellt: Die in Amberg leistete vier, die andere in Haselmühle, wo sich das Laufbohrwerk befand, sieben Pferdestärken.<sup>1</sup> Trotzdem gelang es nicht, den gesamten bayerischen Waffenbedarf im eigenen Land zu erzeugen. Große Aufträge gingen auch an den Lütticher Fabrikanten Francotte, der bis in die siebziger Jahre immer wieder Bestellungen aus Bayern erhielt. Es war dies eine Eigentümlichkeit des Systems staatlicher Militärbetriebe: Sie waren groß genug, den laufenden Bedarf zu decken, konnten ihre Kapazität kurzfristig durch Einstellung zusätzlicher Arbeiter und Verlängerung der Arbeitszeiten auch erheblich steigern. Spitzenbelastungen, wie sie beim Übergang auf neue Waffenmodelle immer wieder auftraten, vermochten sie allein aber nicht zu bewältigen. Jedenfalls wäre es völlig unwirtschaftlich gewesen, die Betriebe so groß zu dimensionieren, dass sie dazu unter allen Umständen in der Lage gewesen wären.

In solchen Zeiten griffen die deutschen Staaten gern auf die Privatindustrie zurück, bis zum Ende des 19. Jahrhunderts auch auf die des Auslandes. Der Vergleich mit den anderen deutschen Mittelstaaten zeigt, dass Bayern, das nach 1871 11 % des gesamten deutschen Reichsheeres stellte, gerade groß genug war, sich eine staatliche Gewehrfabrik leisten zu können. Das etwas kleinere Sachsen, dessen Heer etwa 7,5 % der deutschen Armee ausmachte und so gern eine eigene Gewehrfabrik gehabt hätte, konnte sich diesen Wunsch bis 1918 nicht erfüllen. Dort reichte es nur zu einer Werkstätte in Dresden mit einfacher Maschinenausrüstung.

Wenn Podewils' Vorderlader auch bewundert wurde, so gehörte die Zukunft doch dem Hinterlader. Diese Einsicht breitete sich in den sechziger Jahren allgemein aus, auch in Bayern. Bevor diese Erkenntnis aber praktische Folgen hatte, brach der fatale Krieg



*100-Jahrfeier der Gewehrfabrik Amberg im Jahr 1901. Stehend der Direktor, Major Florian Heiler. Rechts neben ihm sitzt der damalige Unterdirektor und Hauptmann Friedrich Schmidt, Heilers Nachfolger und Leiter der Gewehrfabrik bis zur Revolution 1918 (Deprag Amberg)*

von 1866 aus. Danach begann für die Gewehrfabriken eine goldene Zeit, denn alle Welt wollte jetzt neue, von hinten zu ladende Gewehre, mit denen die Preußen so glänzende Siege erfochten hatten. Bayern baute nach der Niederlage seine Vorderlader in wenigen Monaten in Hinterlader um. Die Gewehrfabrik konnte diese Arbeiten in der gebotenen Eile aus eigener Kraft nicht leisten, und so wurden die Gewehre auf über zehn Betriebe im ganzen Land verteilt und dort umgerüstet. Die so entstandene neue Waffe war allerdings nur ein Notbehelf. In Amberg trat 1867 eine besondere Kommission zusammen, die ein definitives Gewehrmodell für die bayerische Armee ermitteln sollte. Die Aufmerksamkeit fiel

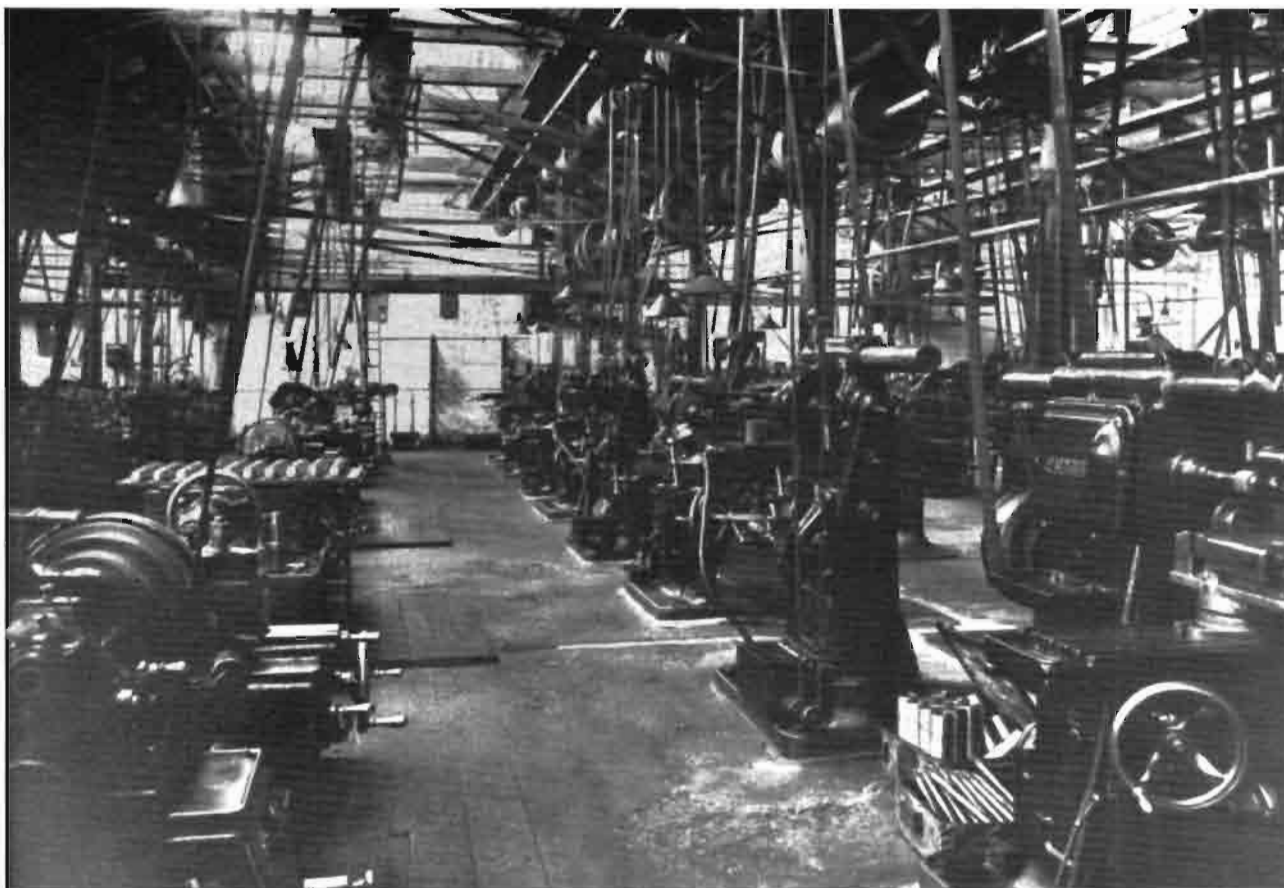
dabei von Anfang an auf ein Vorlagemuster von Ludwig Werder. Im Gegensatz zu vielen armen Teufeln, die mit ihren Erfindungen kaum ihre Spesen zu decken vermochten, hatte Werder als technischer Direktor der Maschinenfabrik Cramer-Klett in Nürnberg, damals der größte bayerische Industriebetrieb, eine starke soziale und wirtschaftliche Position. Podewils zeigte von Anfang an eine große Neigung zu Werders Entwurf, und wenn er auch nicht den Vorsitz in der Kommission hatte, so besaß er doch als Leiter der Gewehrfabrik den größten Einfluss. Vor allem ihm war es zuzuschreiben, dass die Entscheidung rasch und gegen den Widerstand der jüngeren Kommissionsmitglieder für das Werdergewehr fiel. Bis Waffe

und Munition fertig auskonstruiert waren, verging noch einige Zeit: Im April 1869 genehmigte Ludwig II., der seine Regierungsaufgaben damals noch sehr ernst nahm und für die Gewehrfrage reges Interesse entwickelte, die neue Waffe der bayerischen Infanterie und Jäger. Die geschichtliche Bedeutung des Werdergewehrs, offiziell als Gewehr M/69 bezeichnet, liegt darin, dass es das erste moderne deutsche Gewehr für eine leistungsfähige Patrone mit Metallhülse war, und zudem war es die letzte nationalbayerische Militärwaffe: Alle späteren, nach 1871 eingeführten und in Amberg erzeugten Handfeuerwaffen waren bloß noch Übernahmen preußischer Modelle.

Bayern benötigte zunächst 100.000 – später wurden es 127.000 – dieser Gewehre sowie je 4.000 Karabiner und Pistolen für die Kavallerie, die nach gleichen Grundsätzen konstruiert worden waren. Die Gewehrfabrik erhielt den Auftrag, deren Anfertigung zu organisieren; dazu, die Produktion allein durchzuführen, reichte ihre Leistungsfähigkeit nicht aus. Die Pistolen wurden von Büchsenmachern in Nürnberg und München erzeugt, die Karabiner bei Francotte und zahlreiche Gewehre – wahrscheinlich 40.000 – in Suhl. Das Herz des Werdersystems war der Verschlussmechanismus, ein feinmechanisches Wunderwerk mit sorgfältig aufeinander abgestimmten Federn, zu dessen Herstellung die Gewehrfabrik technisch nicht in der Lage war. Dazu hätte sie moderne amerikanische Werkzeugmaschinen besitzen müssen, von denen sie damals aber „kaum einen Begriff“ hatte.<sup>5</sup> Die Mechanismen mussten daher von technisch fortgeschritteneren Zulieferern wie Cramer-Klett und der Maschinenfabrik Augsburg bezogen werden. Immerhin kamen sie aus Bayern. Die Gewehrfertigung in Amberg beschränkte sich auf die Anfertigung der Schäfte, die Fertigbearbeitung der als Rohling gelieferten Läufe sowie das Zusammen setzen der Teile zu fertigen Gewehren. Die moderne

Waffentechnik hatte die Möglichkeiten des Amberger Betriebs also überholt. Mit dem Werdergewehr ging die bayerische Militärverwaltung damals bis an die Grenze dessen, was die deutsche Industrie – und nicht nur die bayerische! – überhaupt leisten konnte. Damit erregten Bayern und die Gewehrfabrik Amberg abermals internationales Aufsehen, und auch Podewils durfte sich der Anerkennung seiner Vorgesetzten erfreuen: 1869 wurde er zum Generalmajor befördert.

In München machte man sich sogar Hoffnungen, die bayerische Waffe würde in Preußen zur Einführung gelangen. Dort suchte man dringend nach einem Ersatz für das inzwischen veraltete Zündnadelgewehr, entschied sich aber schließlich für ein Modell der Brüder Mauser aus Württemberg. Für die bayerische Armeebewaffnung hatte das zunächst keine Folgen, für die Gewehrfabrik Amberg aber schon. Auch wenn von den drei staatlichen Gewehrfabriken Preußens jede für sich schon wesentlich größer war als der Amberger Betrieb, vermochten sie es doch nicht, den preußischen Bedarf so schnell wie nötig zu erzeugen. Also hielt man auch in Berlin nach Fremdfirmen Ausschau, und dieser Blick richtete sich auch auf Amberg. In Bayern war man über dieses Interesse hoch erfreut, sicherte es doch der Gewehrfabrik nach dem Auslaufen der Werderfertigung erneut reichliche Beschäftigung: Dies, die kontinuierliche Auslastung der Anlagen, war eines der Hauptprobleme, das mit dem Betrieb staatlicher Rüstungswerke verbunden war. 1875 und 1876 entstanden in Amberg insgesamt 100.000 Gewehre M/71 für preußische Rechnung. Das war der größte Auftrag, den die Gewehrfabrik bis dahin je bewältigt hatte. Seine Erledigung war abermals mit Betriebserweiterungen verbunden, denn die anspruchsvollen feinmechanischen Schlossteile stellte man jetzt im eigenen Betrieb her. Dazu war die Aufstellung von 300 neuen Maschinen nötig, deren Beschaffung den bayerischen



*Maschinenhalle der Gewehrfabrik Amberg; im Vordergrund rechts Laufstäbe (Deprag Amberg)*

Militäretat aber nicht belastete, denn die von Preußen bezahlten Stückpreise lagen so weit über den Eigenkosten der Gewehrfabrik, dass genügend Geld für die Maschinen übrig blieb.<sup>6</sup> Die Amberger Gewehrfabrik, welche zuvor „in maschineller Beziehung auf den Namen ‚Fabrik‘ wohl keinen Anspruch machen konnte“<sup>7</sup>, erlebte damals in technischer Hinsicht einen großen Sprung nach vorn.

In die Freude über diesen Aufstieg zu einem modernen Maschinenbaubetrieb fiel aber ein dicker Wermutstropfen: Die Gewehrfabrik zog sich nämlich den scharfen Tadel des Münchner Kriegsministeriums zu. Und das kam so: Das Gewehr M/71 verwendete eine stärkere Patrone als das Werdergewehr. Um nun die wünschenswerte Munitionsgleichheit in allen deutschen Kontingenten herzustellen, plante man in

München die Umrüstung der vorhandenen Gewehre M/69. Die Gewehrfabrik befürwortete diese „Aptierung“ und führte sie auch technisch durch. Im Truppeneinsatz zeigten sich allerdings zahlreiche Funktionsstörungen mit der neuen, kräftigeren Munition. Vor allem das selbsttätige Auswerfen der leeren Hülse beim Öffnen des Verschlusses – ein besonderer Vorzug des Werdersystems – erfolgte nicht mehr zuverlässig. Um wieder in den Besitz einer „kriegsbrauchbaren“ Bewaffnung zu gelangen, mussten jetzt alle „aptierten“ Gewehre, insgesamt 124.450 Stück, „rektifiziert“, also überprüft und repariert werden. Das kostete Zeit und viel Geld. Das Kriegsministerium war an der übereilt durchgeführten „Aptierung“ zwar mitverantwortlich, weil es alle Warnungen aus Truppenerprobungen in den Wind geschlagen hatte, suchte die Schuld aber bei untergebenen Stellen, wie es in solchen Fällen ja üblich ist. Der gesammelte Zorn der hohen Behörde entlud sich auf die Gewehrfabrik und führte im Dezember 1876 zur Ablösung des Direktors. Als unschuldiges Opfer von Vorgesetztenwillkür sollte man Podewils dennoch nicht sehen, denn er war in seiner Zeit an der Spitze der Gewehrfabrik ziemlich selbstherrlich geworden, und die Probleme der Aptierung hätte er erkennen können und müssen, anstatt das Projekt einfach durchzuwinken. Am 25. November 1885 ist er in seiner Heimatstadt Amberg gestorben. In der Festschrift zur Feier des 100-jährigen Bestehens der Gewehrfabrik liest man über diese Ereignisse nur, dass die stärkere Patrone „doch mancherlei Mißstände für den Verschlussmechanismus des Gewehres M/69 im Gefolge“ hatte.<sup>8</sup> Mit Recht aber stellt dieses Werk fest, dass Podewils die bayerische Gewehrfabrik „in einer vor ihm nicht für möglich gehaltenen Weise verbessert, erweitert und zu einer Waffenfabrik ersten Ranges umgestaltet und ausgebaut“ hat.<sup>9</sup> Er war zweifellos der bedeutendste Direktor, den sie in ihrer Geschichte gehabt hat.

Auch unter neuer Leitung ging das Gewehrbauen in Amberg zügig weiter: Die vorhandenen Werdergewehre reichten nur für die „einfache Bewaffnung“ der Armee; es gab also nur geringe Vorräte. Damals wollte man aber noch eine „doppelte Bewaffnung“ haben, um im Kriegsfall Waffenverluste rasch ausgleichen zu können. Um einen Rückbau der Amberger Fertigungseinrichtungen für das Werdergewehr zu vermeiden, vollzog auch Bayern den Übergang zum preußischen Gewehr, was den jüngeren Offizieren, welche die Sache vor allem von der praktischen Seite ansahen, leichter fiel als den älteren. Bis 1882 wurden die aktiven Truppen der bayerischen Armee mit dem Gewehr M/71 umbewaffnet und die meisten Werdergewehre in die Reservebestände zurückgezogen. In Amberg entstanden 109.747 Gewehre M/71 für die bayerische Armee. Die Jahresberichte der Gewehrfabrik melden dabei stetige Verbesserungen der Anfertigungsweise: 1878 wurde die Schmelde modernisiert. Teile wie Kolbenkappe und Verschluss-hülse, bis dahin als Halbfabrikate bezogen, entstanden jetzt im eigenen Betrieb. Ein neuer amerikanischer Federhammer drängte das Handschmieden zurück, und genau gearbeitete Gesenke, die auf einer neu beschafften vertikalen Universalfräsmaschine entstanden, senkten den Bearbeitungsaufwand und damit Kosten.<sup>10</sup> 1880 wurde auch das Arbeiterreglement den Forderungen der Zeit angepasst, wie die Militärverwaltung sie interpretierte: Jeder Arbeiter musste vor seiner Einstellung erklären, „daß er keinem Verein oder keiner Verbindung jedwelcher Art angehört, welche sozialdemokratische Tendenzen verfolgen. Außerdem wurde den Arbeitern, so lange sie in der Fabrik in Arbeit stehen, der Besuch von Versammlungen, Festen pp. vorgeannter Vereine als Gast verboten.“<sup>11</sup>

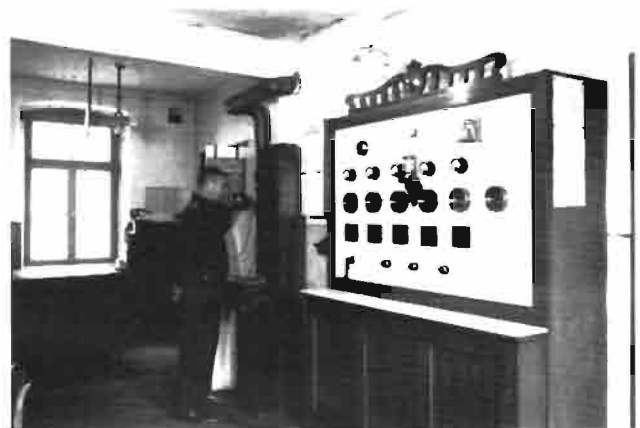
Mit der Einführung des Gewehrs M/71 hatte die bayerische Armee nicht nur die Munitions-, sondern auch die Waffengleichheit mit den übrigen

deutschen Kontingenten hergestellt. Alle späteren Um- bzw. Neubewaffnungen erfolgten gemeinsam. Als Preußen 1884 ein Magazingewehr einführte, das Modell 71/84, wurde auch Bayern in den Produktionsplan einbezogen. Zwar fertigte Amberg nur für den bayerischen Bedarf, musste aber die notwendigen Zeichnungen und Lehren aus Preußen beziehen. Hochwertige Werkzeugmaschinen, welche mit jedem neuen Gewehrmuster zur Aufstellung gelangten, wurden in Deutschland damals nur von der Berliner Firma Loewe gefertigt. Die Waffenfabriken mussten sich zur Maschinenbeschaffung also untereinander abstimmen. Die Gewehrfabrik stand unter großem Zeitdruck, musste ihre Leistung also in kurzer Zeit stark erhöhen. Innerhalb eines Jahres stieg die Arbeiterzahl von 262 auf 1.024. In einigen Abteilungen wie der Schmiede wurde Schichtarbeit eingeführt. Es gelang dem Betrieb, die vom Kriegsministerium verlangte Tagesleistung von 180 Gewehren sogar noch etwas zu übertreffen. Vom August 1886 bis zum Dezember 1888 fertigte die Gewehrfabrik Amberg 95.000 Gewehre des neuen Modells. Im März dieses Jahres hatte das Kriegsministerium schon wieder die Verminderung der Produktion verfügt, was eine Verkürzung der Regelarbeitszeit von zwölf auf acht Stunden täglich, Einstellung des Schichtbetriebs und Entlassungen nach sich zog: Im März 1889 beschäftigte die Fabrik noch 308 Arbeiter.<sup>12</sup> „Betriebsbedingte Kündigungen“ fielen in diesem Gewerbe ziemlich drastisch aus. Doch war die Auftragslage schon wieder glänzend.

1886 hatte Frankreich ein neues Gewehrmuster eingeführt, das statt des altherwürdigen und stark qualmenden Schwarzpulvers ein neuartiges Treibmittel verwendete, das auf chemischem Weg erzeugte und kaum Rauch entwickelnde Nitrozellulosepulver. In Deutschland wurde in größter Eile ein entsprechendes Gewehr entwickelt, das Modell 88. Für die Gewehrfabriken bedeutete dies, dass sie unmittelbar

im Anschluss an die Massenfertigung der Gewehre 71/84 das Nachfolgemodell in noch größerer Hast und noch größerer Zahl zu bauen hatten, denn jetzt mussten für die Feldarmee alle Schwarzpulvergewehre und -karabiner ersetzt werden, also nicht nur die nagelneuen und doch bereits veralteten Muster 71/84, sondern auch ältere vom Typ 71, die immer noch in großen Mengen in den Beständen vorhanden waren. Das war die größte Produktionsanstrengung, welche die deutsche Gewehrindustrie bis dahin je unternommen hatte. Bis 1899 entstanden in Amberg 274.333 Stück des neuen Gewehrs, von denen aufgrund des enormen Zeitdrucks zwei Drittel schon bis 1892 erzeugt wurden. Die Tagesleistungen erreichten in Spitzenzeiten 400 Gewehre; die Zahl der Arbeiter stieg auf annähernd 1.500. Sie kamen, wie der Jahresbericht für 1890 meldete, „aus aller Herren Länder“. Unter ihnen befanden sich auch „ungeeignete Individuen“, darunter, wie der Bericht vermerkt, besonders viele „Böhmen“. Der Anteil junger, unverheirateter und daher besonders mobiler Arbeiter nahm

*Fernsprechzentrale der Gewehrfabrik: Seit dem 8. Juni 1896 war das Amberger Institut an das staatliche Telefonnetz angeschlossen (Deprag Amberg)*





stark zu.<sup>13</sup> Immerhin mussten nur wenige „wegen des sogenannten Blaumontagmachens oder sonstigen Exzessen entlassen werden. [...] Besonders lobenswert war das Verhalten der Arbeiterschaft in der von umstürzlerischer Seite eingeleiteten Lohnbewegung; der 1. Mai vorigen Jahres ging hier spurlos vorüber; eher war zu bemerken, daß die Arbeiter an diesem Tage bestrebt waren, durch besonders pünktliches Erscheinen zu beweisen, daß sie dem verwerflichen Treiben der Sozialdemokratie ganz fern stehen.“ In München sollte man glauben, dass die Vertreter der Staatsautorität die Dinge in Amberg trotz des Aufbegehrens Einzelner fest im Griff hatten.

Am Gewehr 88 fand die Armee allerlei auszusetzen, und so gelangte 1898 eine verbesserte Waffe zur Einführung, das Modell 98. Aufgrund der Munitionsgleichheit mit dem Gewehr 88 erfolgte diesmal die Umbewaffnung in gemächlichem Tempo und zog sich bis zum Weltkrieg hin. Die Fertigung des neuen Gewehrs begann in Amberg im Jahr 1902. Bei Tages-

*Schmiede der Gewehrfabrik (Deprag Amberg)*



leistungen von zunächst 135 Stück konnte man den teuren Schichtbetrieb vermeiden. 1909 bis 1911 wurde die Gewehrfertigung zugunsten der Produktion des 1907 eingeführten Karabiners 98 unterbrochen. Die Tagesfertigung hielt man bewusst auf dem niedrigen Wert von 50 Karabinern, um über mehrere Jahre hinweg eine möglichst gleichmäßige Auslastung der Anlagen zu erreichen. 50 Waffen pro Tag bildeten die Untergrenze für eine wirtschaftliche Fertigung.

1908 trat der damals 45-jährige Major Friedrich Schmidt an die Spitze der Gewehrfabrik, ein Franke. Er sollte dieses Amt bis nach dem Ende des Ersten Weltkriegs bekleiden. Ein Vorgesetzter, der ihn 1913 beurteilte, bemerkte „in seiner Unterhaltung bisweilen eine durchaus nicht unangenehme derbe Geradheit“. Schmidt, eine „schaffensfreudige, energische Persönlichkeit mit guter technischer Bildung“, sei gegenüber seinen Arbeitern „gerecht und wohlwollend“.<sup>14</sup> Darauf werden wir noch zurückkommen.

Auch die Gewehrfertigung wurde mit dem niedrigen Tagessatz von 50 Stück wiederaufgenommen. 1912 kostete ein in Amberg erzeugtes K 98-Gewehr 49,93 Mark, ein in Spandau produziertes nur 43,54. Diese Differenz zog die Aufmerksamkeit des bayerischen Kriegsministeriums auf sich, das über die „sehr mißliche Belastung des Etats“ klagte und die Gewehrfabrik wissen ließ, dass es „Abhilfe für angezeigt“ halte.<sup>15</sup> Angesichts niedrigerer Tagesleistungen mussten die Stückkosten des Amberger Instituts trotz der nachweisbaren Rationalisierungserfolge aber zwangsläufig über denen der preußischen Fabriken liegen: Spandau erzeugte 1912 165 Gewehre täglich, also mehr als dreimal soviel wie Amberg.

In absoluten Zahlen betrug die Vorkriegsfertigung der Gewehrfabrik Amberg an Schusswaffen 98:

Gewehre 98	213.039
Karabiner 98	44.362

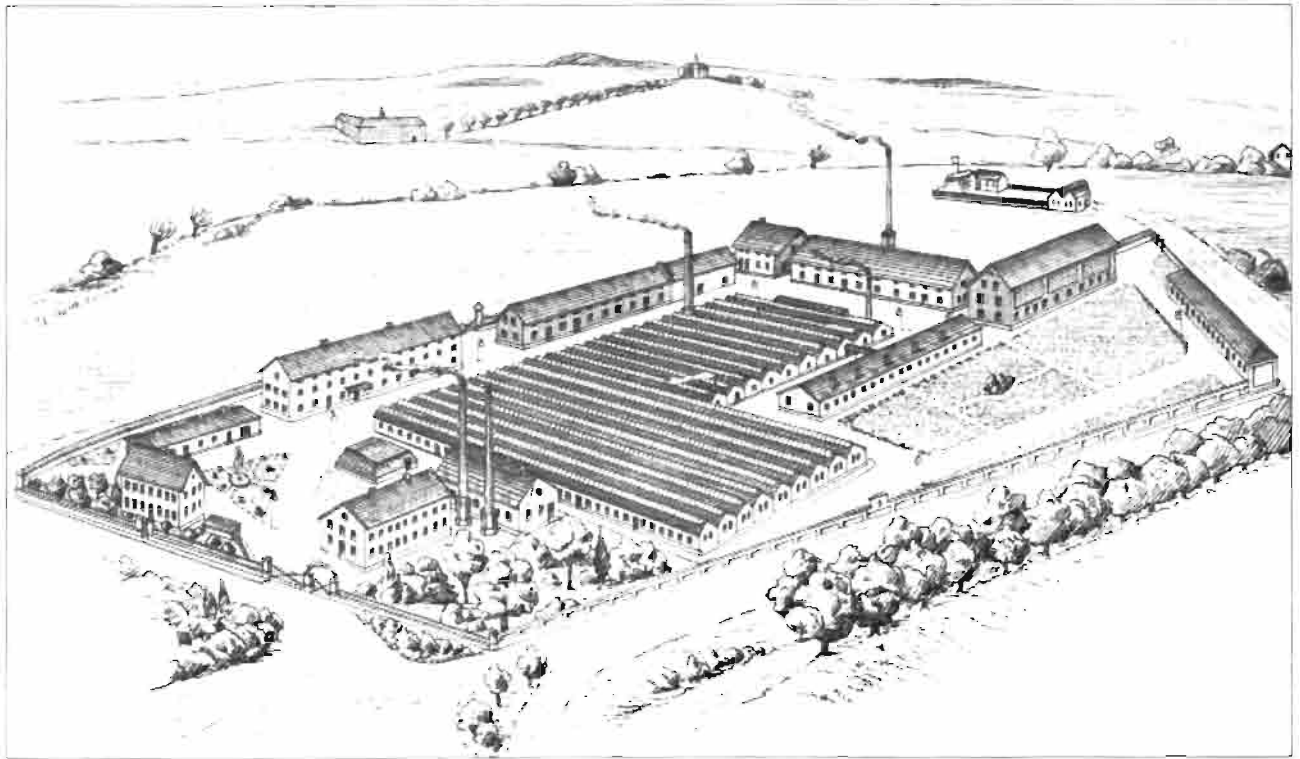


*Die Haselmühle 1801 (Abb. aus: Florian Heiler: Festschrift zur Feier des 100jährigen Bestehens der K.B. Gewehrfabrik Amberg, München 1901)*

Im Frieden war die Mobilmachungsleistung der Fabrik auf 150 Gewehre pro Tag festgelegt worden. Karabiner sollten aus Preußen bezogen werden. Der Waffenbedarf übertraf aber von Anfang an alle Erwartungen. Es galt nun, so viele Gewehre wie möglich herzustellen. Das einfachste Mittel zur Erhöhung der Produktion war die Verlängerung der Arbeitszeit. Sie stieg in Amberg von täglich 9 über 12 auf 14 Stunden. Am 26. August ging man zum Doppelschichtbetrieb von zweimal  $10 \frac{1}{2}$  Stunden über, später auf 11 Stunden verlängert. Das setzte eine entsprechende Erhöhung der Arbeiterzahl voraus. Sie stieg von 533 bei Kriegsausbruch über 1.536 im Dezember auf 1.754 im März 1915. Die Tagesleistung erhöhte sich in diesem Zeitraum von 80 auf 350 Gewehre. Das war nahezu das Maximum des mit der vorhandenen Betriebseinrichtung Erreichbaren. Die

Gewinnung qualifizierter Facharbeiter und die Beschaffung zusätzlicher Werkzeugmaschinen erwiesen sich aber als außerordentlich schwierig. Beides war so knapp wie das Rüstungsmaterial, das sie erzeugen sollten. Erst im Betriebsjahr 1915 erhielt die Gewehrfabrik neue Werkzeugmaschinen in größerer Menge.

Im November 1915 – Amberg fertigte inzwischen 450 Gewehre pro Tag – verlangte das preußische Kriegsministerium eine weitere Steigerung der angestrebten Höchstleistung von täglich 600 Gewehren und schlug dazu Betriebserweiterungen oder den Übergang zum Dreischichtbetrieb vor.<sup>16</sup> Diese Forderung machte sich das bayerische Kriegsministerium zu eigen, was zu einem Konflikt mit der Gewehrfabrik führte. Die hatte wohl die besseren Argumente, das Ministerium aber saß am längeren Hebel: Nachdem die Arbeiter bereits zweimal 11 Stunden am Tag an den Maschinen standen, konnte der Gewinn an Nettoarbeitszeit bei Dreischichtbetrieb nur gering sein, die Arbeitsorganisation würde sich aber erheblich komplizieren. Außerdem benötigte man viele neue Arbeiter, die wieder Unterkünfte brauchten. Der erkennbare Widerstand der Gewehrfabrik, an den Dreischichtbetrieb heranzugehen, veranlasste das bayerische Kriegsministerium zu dem außergewöhnlichen Schritt, den Rat des preußischen Professors Romberg zu erbitten, ein Spezialist für Maschinenbau, der während des Krieges in der preußischen Feldzeugmeisterei wirkte. Auch eine eigene bayerische Kommission unter Leitung von Professor Prinz von der Technischen Hochschule München wurde nach Amberg geschickt. Aus der preußischen Inspektion ging die Gewehrfabrik glänzend gerechtfertigt hervor. Die „Wohlanständigkeit und das Interesse der Arbeiter“ fielen Romberg angenehm auf, wie er an dem bayerischen Waffenreferenten schrieb:<sup>17</sup> „Mit solchen Leuten, wie man sie hier noch in größerer Zahl findet, lassen sich außergewöhnliche Leistun-



Die Gewehrfabrik Amberg im Jahr 1901 (Abb. aus: Florian Heiler: Festschrift zur Feier des 100jährigen Bestehens der K.B. Gewehrfabrik Amberg, München 1901)

gen unter Umständen spielend bewältigen.“ Beeindruckt zeigte sich Romberg auch von der Fertigungsqualität: Er müsse „rückhaltslos die Sorgfalt und Genauigkeit der Arbeit in der Gewehrfabrik anerkennen. Herr Oberstleutnant Schmidt hat mit seiner Behauptung recht [die Romberg also zuvor bezweifelt hatte, Anm. d. Verf.], daß die Teile im Wesentlichen so verwandt werden, wie sie aus der Maschine kommen, daß demgemäß die Nacharbeit von Hand nur gering ist. [...] Ich muß sagen, daß in dieser Beziehung die Gwf. A. [dienstlich vorgeschriebene Abkür-

zung der Fabrik, Anm. d. Verf.] wohl mit an erster Stelle unter allen deutschen Gewehrfabriken steht.“ Nicht weniger positiv fiel der Bericht der bayerischen Kommission von Professor Prinz aus: Was man in Amberg leiste, sei „aller Anerkennung wert“, gerade angesichts der altersschwachen Ausrüstung des Werks: Von 1.729 Maschinen waren 58 % älter als 20 und 20 % noch älter als 34 Jahre.<sup>18</sup>

Zu Beginn des Jahres 1916 wurden in der Gewehrfabrik Amberg erstmals Frauen als Arbeitskräfte

eingestellt. Das geschah nicht nur, um den steigenden Arbeitskräftebedarf durch Betriebserweiterungen und teilweisen Dreischichtbetrieb zu decken, sondern auch, um Männer für den Heeresdienst freizustellen. Diese neu mobilisierte Reserve an Arbeitskraft wurde von den männlichen Arbeitern daher vielfach abgelehnt. Der Produktionsanstieg setzte sich durch das Jahr 1916 kontinuierlich fort. Im Oktober erreichte man eine Tagesleistung von 800 Gewehren. In den letzten Dezembertagen stieg die Fertigung auf 850 Gewehre täglich, die höchste Leistung während des ganzen Krieges. Auch die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen erreichte in dieser Zeit mit 4.102 ihren höchsten Stand.<sup>19</sup>

Die Gewehrfabrik in Amberg hatte ihre Betriebsmöglichkeiten Ende des Jahres 1916 weitgehend ausgeschöpft. Das bayerische Kriegsministerium wandte sich bereits im Januar 1917 an das Reichsschatzamt, um den Neubau einer Gewehrfabrik an einer geeigneteren Stelle zu erreichen:<sup>20</sup> „Die fortgesetzt gesteigerten Anforderungen an die Leistungen der Gewehrfabrik Amberg haben zu einer derartigen Belastung und Abnützung der Gebäude und Betriebseinrichtungen dieses Instituts gezwungen, daß ihre Weiterbenützung ernstlich in Frage gestellt ist. Nach eingehender Untersuchung der gesamten Anlagen durch einen Fachverständigen [sic!] ist der gegenwärtige Zustand unhaltbar und muß nunmehr mit der Möglichkeit schwerer und langandauernder Betriebsstörungen gerechnet werden.“ Als neuen Standort wählte man Regensburg. Dorthin wäre die Gewehrfabrik nach dem Krieg, wenn sie denn Bestand gehabt hätte, verlegt worden.

Seit dem Frühjahr 1917 wurde die Gewehrfertigung ebenso anhaltend abgebaut, wie sie bis zur Jahreswende 1916/17 gesteigert worden war. Diese Absenkung hatte ihre Ursache nicht in der Erschöpfung der Produktionsmittel, sondern im reichlich gedeckten

Gewehrbedarf der Armee. Der Dreischichtbetrieb wurde wieder aufgegeben und die Arbeitszeit der beiden verbleibenden Schichten auf 10 1/2 Stunden verkürzt. Im Juli 1918 war man bei einer Tagesneufertigung von 150 Gewehren angekommen, die in den letzten Kriegswochen noch auf 100 Gewehre sank.<sup>21</sup>

Insgesamt wurden in Bayern während des Krieges 700.175 Gewehre 98 neu gefertigt. Zwischen 1902 und dem Kriegsende entstanden in Amberg also 957.576 Schusswaffen 98. Eine wichtige Betriebsaufgabe der Gewehrfabrik war auch die Instandsetzung beschädigter Gewehre, die von der Front zurückgeliefert wurden. Davon wurden bis Kriegsende in Amberg 228.038 Stück repariert.

Zum Zeitpunkt des Waffenstillstands befand sich Friedrich Schmidt, inzwischen Oberst, zur Kur seiner angegriffenen Atemwege in Bad Reichenhall. Der Arbeiter- und Soldatenrat, der sich in der Gewehrfabrik gebildet hatte, verwehrte ihm die Rückkehr: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Mehrzahl der Arbeiterschaft zu Herrn Oberst Schmidt kein Vertrauen hat und wir befürchten, daß dies demonstrativ zum Ausdruck kommt. [...] Da der Betrieb der Gewehrfabrik während der Abwesenheit des Herrn Oberst mindestens so gut funktionierte wie bei dessen Anwesenheit, so erlauben wir uns unmaßgeblichst zu bemerken, daß ein Bedürfnis für die Rückkehr des Herrn Oberst Schmidt nicht besteht.“ Schmidts Stellvertreter, Major Prühäuser, informierte seinen Vorgesetzten über die Vorwürfe, die ihm die Arbeiter machten:<sup>22</sup> „In der Hauptsache beklagen sich die Arbeiter über ein allzu schroffes und abweisendes Wesen von Herrn Oberst, das nie ein wirkliches Vertrauensverhältnis habe aufkommen lassen. Die alten Arbeiter hätten sich natürlich daran allmählich gewöhnt, nicht aber die später eingetretenen. Unter den früheren Verhältnissen wäre ja auch an

keine Möglichkeit eine Änderung zu erreichen zu denken gewesen. Bei dem Umsturz ist dann der lange zurückgedämmte Unmut desto stärker zum Ausdruck gekommen. Einzelne Fälle werden wohl auch besprochen. So wurde mir gesagt, Herr Oberst hätten einmal, als die Arbeiter nicht pünktlich einpasse-ten, vom Fenster aus gerufen: Wollt Ihr wohl herein- kommen, ihr Schweinehunde. Wegen Verteilung der Garten- und Obsterträge und über Lebensmittel- bezug wird auch viel gesprochen und es ist auffällig, wie die Leute über jahrelang zurückliegende Fälle eingehend unterrichtet zu sein scheinen.“ Im letzten Nebensatz darf man wohl eine zarte Andeutung dahin sehen, dass Prühäuser die Vorwürfe für berechtigt hielt. Schmidt selbst zeigte sich natürlich uneinsichtig. Er führte die Feindseligkeit gegen ihn darauf zurück, dass er die Verlegung der Gewehr- fabrik nach Regensburg betrieben hatte. Am 25. August 1919 ist er in Amberg einem Schlaganfall erlegen.

Für die Gewehrfabrik begann nach dem Krieg der vergebliche Kampf um ihre Existenz. Ende Dezem- ber beschäftigte sie nur noch 322 Arbeiter, also fast genau so viel wie zu Kriegsbeginn und kaum 8 % des Höchststandes vom Januar 1917. Aber auch für diese kleine Schar fehlte es an Arbeit. Hoffnungen rich- ten sich auf klassische Metallprodukte wie Werkzeu- ge und Schrauben, natürlich auch auf Jagdbüchsen. Man nahm die Fertigung von Messern auf, „weil eine andere Arbeit für die umfangreichen Einrichtungen der Poliererei nicht zur Verfügung stand und auch kaum in absehbarer Zeit zu gewinnen war.“<sup>23</sup> Zur Verarbeitung der großen Mengen von lagerndem Buchenholz, aus dem man seit 1916 Gewehrschäfte gefräst hatte, nahm die Gewehrfabrik sogar die Möbelfertigung auf. Es entstanden aber immer noch kleine Mengen von Kriegsgerät. Als „Notstandsar- beit“ baute das Werk Teile für MG-Schlösser. Auch Gewehre wurden noch 1919 gefertigt. Im März mel-

dete Amberg eine Tagesleistung von 50 neuen und 30 instandgesetzten Gewehren. Diese Produkte wan- derten wenig später in den Schmelzöfen.

Eine dauerhafte Sicherung des Produktionsstandor- tes war auf diese Weise natürlich nicht zu erreichen, was den Beteiligten auch klar war. Um ihre Arbeiter, die auf die Herstellung von Präzisionsteilen speziali- siert waren, langfristig beschäftigen zu können, hätte die Firma vergleichbare Zivilerzeugnisse wie Rechen-, Schreib- oder Nähmaschinen fertigen müs- sen. Solche Produkte zu gewinnen und erfolgreich zu vermarkten war unter den Bedingungen der Nach- kriegszeit so gut wie ausgeschlossen.

Zum 1. Oktober 1919 traten alle ehemaligen techni- schen Institute des Reichsheeres zu einer Auffangge- sellschaft beim Reichsschatzministerium zusammen, die sich am 4. Dezember als „Deutsche Werke AG“ konstituierte.<sup>24</sup> Letzte nachweisbare Aufgabe des nunmehrigen „Reichswerks“ Amberg war das Zerle- gen von Schlachtfeldwaffen.<sup>25</sup>

Am 1. Oktober 1920 wurde die Abwicklungsstelle der einstigen Gewehrfabrik aufgelöst, womit ihre Geschichte endet. Die gewerbliche Nutzung der Werksanlagen konnte allerdings fortgesetzt werden.

## Anmerkungen

- 1 Florian Hailer: Festschrift zur Feier des 100jährigen Bestehens der K.B. Gewehrfabrik Amberg, München 1901, 2; Hans Reckendorf: Die Faustfeuerwaffen der königlich bayerischen Armee, Dortmund 1981, 86f.
- 2 Ebd., 98f.
- 3 Hailer, 4.
- 4 Ebd., 20.
- 5 Bericht der Gewehrfabrik vom 2.6.1877, Bayer. KA [= Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. IV, Kriegsarchiv], A X 3, 20a, Bund 4.
- 6 Bericht der Gewehrfabrik vom 24.12.1875, Aktennotiz im Kriegsministerium vom 12.2.1876, Bayer. KA, A X 3, 17a, Bund 30.
- 7 Bericht der Gewehrfabrik vom 5.1.1877, Bayer. KA, A X 3, 17b, Bund 31.
- 8 Hailer, 27.
- 9 Ebd., 29.
- 10 Jahresbericht für 1878, Bayer. KA, FZM 5302.
- 11 Jahresbericht für 1880, Bayer. KA, FZM 5304.
- 12 Jahresberichte für 1886 bis 1889, Bayer. KA, FZM 5310-5312.
- 13 Jahresbericht für 1890, Bayer. KA, FZM 5314.
- 14 Bayer. KA, OP 58222, Friedrich Schmidt.
- 15 Schreiben vom 23.5.1912, Bayer. KA, FZM 1116.
- 16 Schreiben des preuß. KM vom 8.11.1915, Bayer. KA, FKM 1116.
- 17 Brief vom 28.1.1916; Romberg hielt sich noch in Amberg auf, Bayer. KA, MKr. 13558.
- 18 Rombergs Abschlussbericht vom 8.2.1916, Bayer. KA, MKr.13558.
- 19 Bayer. KA, MKr. 17410 und Jahresbericht für 1916, FZM 5359.
- 20 Schreiben vom 10.1.1917, Bayer. KA, Bay.Mil.Bev. 28.
- 21 Nach den Wochenmeldungen in Bayer. KA, FZM 2894-2896.
- 22 Zitate nach Bayer. KA, OP 58222 Friedrich Schmidt.
- 23 Mitteilung an die Feldzeugmeisterei vom 20.2.1919, Bayer. KA, FZM 1117.
- 24 August Genth: Die preußischen Heereswerkstätten, ihre Entwicklung, Bedeutung und ihr Übergang in privatwirtschaftliche Betriebe, Berlin 1926, 91f.
- 25 Erlass des Heeresabwicklungsamtes Bayern vom 24.1.1920, Bayer. KA, FZM 2903.